



Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

87. Sitzung (öffentlich)

10. November 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:20 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 3 |
| 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) | 4 |
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700
- Vorlage 17/5520 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/5784 (Einführungsbericht)
Vorlage 17/5873
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Wortbeiträge
- Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD stimmt der Ausschuss den in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung fallenden Kapiteln des Einzelplans 14 zu.

- 2 Auswirkungen von Corona auf die Unternehmen in NRW 11**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5928
- Bericht durch StS Christoph Dammermann (MWIDE)
 - Wortbeiträge
- 3 Umsetzungen der Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung 18**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5929
- Wortbeiträge
- 4 Einsturz eines Windrades in einem Wald bei Haltern am See (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung [s. Anlage]*) 20**
- Vorlage 17/5930
- Wortbeiträge
- 5 Zweites Gesetz zur Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes 22**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15477
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.
- 6 Verschiedenes 23**
- keine Wortbeiträge

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Vorlage 17/5520 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/5784 (Einführungsbericht)
Vorlage 17/5873

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/14700 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an alle Fachausschüsse am 8. September 2021)

Vorsitzender Georg Fortmeier: Wir beraten in unserem Ausschuss über die in unseren Zuständigkeitsbereich fallenden Kapitel des Einzelplans 14. Der Erläuterungsband trägt die Vorlagennummer 17/5520. Den schriftlichen Einführungsbericht des Ministers haben Sie mit der Vorlage 17/5784 erhalten. Fragen der Fraktionen zum Haushalt wurden mit der Vorlage 17/5873 beantwortet. Wir haben in der letzten Runde hier im Ausschuss die Grundsatzausprache zum Haushaltsentwurf 2022 geführt. Für heute ist mit den Obleuten verabredet, die Schlussberatung und die Abstimmung über den Entwurf durchzuführen. Außerdem haben wir verabredet, dass Änderungsanträge direkt im federführenden HFA gestellt und abgestimmt werden. Wir geben heute ein Votum zu dem Einzelplan 14 in der von der Landesregierung vorgelegten Fassung ab.

Wird das Wort gewünscht? – Frau Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Wir haben in der letzten Runde schon ein bisschen diskutiert, werden es in wenigen Wochen auch im Plenum noch mal machen. Ich will aber die Gelegenheit nutzen, ein paar Punkte anzusprechen.

Zunächst möchte ich darauf zu sprechen kommen, dass die geplanten Entnahmen aus dem Coronarettungsschirm aus unserer Sicht transparenter gemacht werden sollten als bisher. Es gibt an unterschiedlichen Stellen eine gewisse Zweckentfremdung. Natürlich sind viele Dinge sehr wichtig und notwendig, als Beispiel möchte ich aber nennen, dass Sie 73 Millionen zusätzlich für die Titelgruppe 63 im Kapitel 300 in Aussicht stellen. Das ist progres.nrw. Im Haushalt abgebildet wird das aber nicht. Das heißt, es ist nicht richtig transparent, nicht nachvollziehbar und auch nicht so ganz passend zu dem, was bisher der Minister angekündigt hatte, dass im laufenden Jahr bis zu 200 Millionen Euro für diese Programme zur Verfügung stehen. Das heißt, hier passen Aussagen, Ankündigung und der Haushalt nicht zusammen.

Ähnlich ist es beim kommunalen Klimaschutz. Da gibt es sehr klare Forderungen der kommunalen Spitzenverbände nach einer wesentlich stärkeren Unterstützung des

Landes. Jetzt verweisen Sie darauf, dass Sie 50 Millionen Euro aus dem Rettungsschirm einplanen. Wenn man das einmal umrechnet – wir haben fast 400 Kommunen in Nordrhein-Westfalen –, bleiben jeder Kommune 125.000 Euro, um in Klimaschutz zu investieren. Damit kann man nicht viel anfangen und wirklich Verbesserungen erreichen. Wir sind der Meinung, dass neben Investitionen auch Strukturen unterstützt werden müssen. Nach unseren Berechnungen könnte man beispielsweise mit 40 Millionen Euro pro Jahr allen Kommunen eine Anschlussförderung zur Bundesförderung von Klimaschutzmanagerinnen und -managern ermöglichen. Dadurch hätten wir dort eine Kontinuität. Das wären sinnvoll investierte Haushaltsmittel.

Daneben braucht es eine Unterstützung der Industrie auf dem Weg zur Klimaneutralität. Wir haben schon beim letzten Mal angemerkt, dass die entsprechende Titelgruppe keinen einzigen Euro aufweist. Auch hier ist nicht nachvollziehbar, warum hier im Rettungsschirm und im Haushalt nichts zu sehen ist, um die Industrie auf diesem Weg zu unterstützen.

Das sind für uns die wichtigsten Kritikpunkte, wozu wir noch entsprechende Änderungen vorschlagen werden. Deswegen lehnen wir zu diesem Zeitpunkt diesen Haushalt ab.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Natürlich lehnt die Opposition den Haushalt ab – was sollte sie auch anderes machen –, aber wenn man ganz ehrlich ist, dann ist dieser Haushalt und die Politik, die wir als NRW-Koalition betreiben, genau das, was sich die Opposition in den letzten Jahren gewünscht hat. Ich nenne hier die Zahlungen, die Ziele im Bereich Energie, im Bereich Digitalisierung, im Bereich Wirtschaft. Deswegen fällt es immer schwer, etwas zu kritisieren. Sie müssen natürlich ein paar kleine Punkte nennen. Mir kommt das immer so vor, um in der Fußballsprache zu bleiben: Ich kritisiere mal Bayern München. Die sind zwar achtmal hintereinander Deutscher Meister geworden – zu meinem Leidwesen, weil ich das nicht gut finde –, aber man beschwert sich dann, dass man am zweiten Spieltag nicht 5:0, sondern nur 3:0 gewonnen hat.

Wenn man sich einmal anschaut, was im Bereich Wirtschaftspolitik gemacht worden ist, dann sieht man doch ganz klar, dass Nordrhein-Westfalen stark aufgeholt hat, viel besser aus der Krise kommt als andere Bundesländer, dass wir auch viel mehr machen. Es steckt wieder sehr viel Geld im Haushalt.

Der Klimaschutz müsste ja eigentlich ihr Lieblingsthema sein. Sie haben mal aufgeschrieben, 25 % Treibhausgasemissionsminderung bis zum Jahr 2020. Da sind wir weit drüber. Unsere Zahlen, was in den nächsten Jahren geschehen soll, sind auch noch mal viel stärker.

Auch die Mittel für den kommunalen Klimaschutz sind deutlich erhöht worden; insgesamt vervierzehnfacht wurden die Gelder, die in die entsprechenden Bereiche hineingehen. Wir geben also viel mehr Geld aus im Bereich erneuerbare Energien, als es eine rot-grüne Landesregierung jemals getan hat.

In der letzten Sitzung hat die SPD kritisiert, dass es beim Gründungsgeschehen nicht schnell genug vorgeht. Ich weiß nicht, woher Sie diese Zahlen haben, denn meine

Zahlen sagen eindeutig etwas anderes. Das sind ja keine Zahlen, die wir uns ausdenken, sondern es ist der aktuelle Start-up-Monitor, der in seiner letzten Ausarbeitung gesagt hat, dass Nordrhein-Westfalen an der Spitze der Bundesländer liegt. Die meisten Start-ups in Deutschland haben ihren Hauptsitz in Nordrhein-Westfalen; 18,5 % sind das. Kein anderes Bundesland ist so stark im Bereich der Start-ups wie Nordrhein-Westfalen.

Insofern sehe ich den Haushalt als eine wunderbare Kontinuität der Politik, die wir bisher machen. Wir machen Nordrhein-Westfalen fit. Natürlich kann man immer sagen, es muss noch ein bisschen mehr gehen, aber wenn wir uns den Bundesländervergleich anschauen, dann stellen wir fest, dass wir in den letzten Jahren wirklich vorangekommen sind. Wir sind in vielen Bereichen an der Spitze. Wenn man sagt, wir wollen die erneuerbaren Energien noch ein bisschen stärker ausbauen, dann sage ich, die Rahmenbedingungen müssen demnächst von der Ampel auf der Bundesebene geschaffen werden. Dann kann es auch noch ein bisschen schneller vorangehen. Nordrhein-Westfalen hat auf jeden Fall seine Hausaufgaben gemacht.

Es ist ein guter Haushalt, dem wir zustimmen.

Christian Loose (AfD): NRW ist ja nicht so ganz von der Entwicklung in Deutschland abgekoppelt. Die Bürger spüren jetzt die Belastungen durch die Politik von SPD, CDU, Grüne und FDP deutlich. Der Strompreis hat sich in den letzten 20 Jahren massiv erhöht, verdoppelt, und die Benzinpreise marschieren auf die Zwei-Euro Grenze zu. Gleichzeitig sorgen Negativzinsen dafür, dass die Deutschen kaum noch für ihre private Rente vorsorgen können. Damit steigt die Abhängigkeit vom Staat.

Nun hat die Deutsche Kreditbank AG mit Wirkung von heute verkündet, dass sie jetzt Negativzinsen einführt, 0,5 % ab 25.000 Euro. Wir haben jetzt eine Inflation von 4,5 %. Wenn wir die Negativzinsen von 0,5 % draufschlagen, dann sind wir bei einem Wertverlust von 5 % für die Bürger.

Doch den Minister, den Staatssekretär kann das Ganze ja freuen. So verlangt der Kollege aus dem Finanzministerium keine Zinsen mehr, und der Wirtschaftsminister kann das Geld dann zum Fenster rauswerfen, für neue Netzwerke – neudeutsch: Cluster –, für das Erforschen von Technologien, die bereits vor 180 Jahren zu teuer waren, usw. Dabei gäbe es jetzt Lösungen. Sie könnten zum Beispiel einfach mal 50 Millionen Euro in die Erforschung von sicheren Kernkraftwerken umswitchen. Das wäre echte Zukunftsmusik und aus Ihrer Sicht so wichtig, denn es sei alles nahezu CO₂-neutral.

Stattdessen erklären Sie uns, dass Sie zeigen wollen, dass ein Industrieland wie Deutschland ohne Kohlekraftwerke und ohne Kernkraftwerke wirtschaftlich stark bleiben kann, angeblich als Vorbild. Während aber Deutschland seinen CO₂-Ausstoß in den letzten 20 Jahren um etwa 20 % reduziert hat, hat sich der CO₂-Ausstoß in der Welt um 45 % erhöht. Noch deutlicher wird das, wenn man sich die absoluten Werte anschaut. Deutschland liegt im Jahr 2019 um ganze 189 Millionen t unter dem Wert des Jahres 2000. Die Welt liegt inzwischen um ganze 11.486 Millionen t über dem Wert des Jahres 2000, Tendenz weiter steigend. Ihre Vorbildfunktion hat also in den

letzten 20 Jahren nicht funktioniert, aber Sie alle glauben, dass nun die Welt es verstanden hat und Deutschland folgen wird. Meine Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall. Deutschland ist letztendlich zu einer Lachnummer in der Welt geworden.

Der aktuelle Haushaltsentwurf manifestiert diese Fehlentwicklung. Dementsprechend werden wir im Haushaltsausschuss zahlreiche Änderungsanträge stellen, um die Bürger um fast 200 Millionen Euro zu entlasten. Ich hoffe, dass Sie alle im Sinne der Bürger unseren Anträgen im HFA zustimmen werden.

Frank Sundermann (SPD): Vergleiche mit dem FC Bayern München höre ich natürlich genauso wie der Vorsitzende immer sehr gerne, weil ich im Gegensatz zu Ihnen, Herr Untrieser, große Sympathien für diesen Fußballverein hege. Auch damit kann man übrigens in Nordrhein-Westfalen direkt gewählt werden. Das ist vielleicht für den einen oder anderen hier überraschend.

Ich möchte gerne auf zwei, drei Dinge eingehen wollen.

Herr Untrieser, Sie hatten ausgeführt, das mit den Gründungen sei so großartig, und haben auf den Start-up-Monitor verwiesen. Das zeigt aus unserer Sicht recht deutlich, welches verengte Bild Sie von Gründungen haben. Im Start-up-Monitor werden nicht alle Gründungen abgebildet, sondern nur die in den entsprechenden Bereichen. Sie sagen immer, es sei alles besser geworden. Im Start-up-Monitor waren wir auch schon 2016 und 2017 an erster Stelle. Insofern ist daraus nicht ganz viel abzuleiten. Wie gesagt, diese Verengung finden wir ein Stück weit falsch. Dies zeigt, dass sich die Landesregierung scheinbar in ihrer Politik verengt darstellt.

Wenn Sie nach der Quelle fragen, woher wir das haben, das ist eine Studie des IfM, die für 2020 sagt, es gibt ein Fünftel weniger Gründungen in Nordrhein-Westfalen, womit wir auf dem letzten Platz sind. Das umfasst eben alle Gründungen und nicht nur diesen kleinen eingeschränkten Bereich. Das zeigt eben auch, dass Sie sehr viel über Industrie reden und sich auch dafür loben, dass es jetzt ihr industriepolitisches Leitbild gibt, aber wenn man sich einmal ansieht, was industriepolitisch passiert ist, dann stellt man fest, dass es 2019 – das ist die letzte von Corona nicht belastete Aussage – deutliche Hinweise der Industrie gab, dass die Industrie schwach und sehr problematisch in das Jahr 2020 gegangen ist.

Wenn man sich den Bereich industrieller Neuansiedlungen, Großansiedlungen, industrieller Innovationen ansieht, dann muss man sagen, mit Tesla und der CO₂-freien Stahlproduktion in Schweden haben zwei Zukunftsinvestitionen einen Bogen um Nordrhein-Westfalen gemacht. 2019 haben Herr Pinkwart und der damalige Ministerpräsident Laschet angekündigt, dass Nordrhein-Westfalen die erste Batteriezellenproduktion in der Bundesrepublik bekommen wird. Wir wissen, dass bei Tesla in Brandenburg eine gebaut wird, in Bayern wird eine gebaut, und, ich glaube, auch in Emden wird eine gebaut. Von Nordrhein-Westfalen ist mir aktuell nichts bekannt. Aber vielleicht können Sie, Herr Dammermann, uns ja aufklären. Das ist ja ein Stück weit ein Zeichen dafür, dass Sie viel über Industriepolitik reden, aber am Ende des Tages nicht liefern.

Sie loben sich dafür, wie viel Geld Sie ausgeben. Man sollte auch einmal schauen, wie viele zusätzliche Bundesmittel dort hineingeflossen sind – das gilt übrigens für die

ganze Landesregierung –, die Sie hier vielleicht größtenteils störungsfrei verteilen. Sie schmücken sich an dieser Stelle mit fremden Federn.

Wenn man sich den Industriebereich anschaut, wenn man sich die Gründungen anschaut, wenn man sich anschaut, wie Sie zum Beispiel mit der EnergieAgentur umgegangen sind und aktuell umgehen, dann sind das drei Gründe – ich könnte noch einige andere aufführen –, weshalb die SPD den Haushaltsplan ablehnt.

Jörn Freynick (FDP): Kurz ein Wort zu den Grünen: Frau Brems, ich finde Ihre Ablehnung des Haushalts extrem dünn begründet. Sie haben im Grunde genommen nur angeführt, dass Ihnen Transparenz fehlt. Sie haben einen kleinen Baustein herausgegriffen. Wenn man sich den Gesamthaushalt im Wirtschaftsbereich ansieht, dann werden Sie ganz schnell feststellen, dass es ein winziger Betrag ist, um den es geht, bei dem Sie noch Fragen haben und bei dem Sie mit der Verteilung nicht zufrieden sind, nämlich wenn es um die 50 Millionen Euro geht, die auf die Kommunen verteilt werden. Gleichzeitig schlagen Sie vor, dass man weniger Geld, also 40 Millionen Euro, für Klimaschutzmanager auf die Kommunen verteilt. Das finde ich ein bisschen schräg. Offensichtlich haben Sie die Grundannahme, dass jede Kommune einen Klimaschutzmanager braucht. Ich bin natürlich der Überzeugung, dass wir in den Kommunen etwas zum Klimaschutz beitragen müssen, dass wir das auch fördern, aber die Annahme so zu automatisieren, halte ich an der Stelle für überzogen. Es gibt Regionen, beispielsweise die Region, aus der ich komme, bei denen es einen überregionalen Klimaschutzmanager gibt, also einen interkommunalen, der nicht alleine für eine Kommune zuständig ist, sondern für mehrere. Das halte ich auch für sinnvoll, denn oft sind die Kommunen miteinander vernetzt, verzweigt. Es gibt allerlei Beziehungen zwischen den Kommunen, sicherlich auch im Klimaschutzbereich, weshalb es nicht sinnvoll ist, grundlegend einen Klimaschutzmanager für eine Kommune anzunehmen. Dies sehen wir anders.

Dann zum Thema „Gründungen“: Ich bin sehr dankbar, dass wir seit 2017 sehr viel mehr für Gründungen und Start-ups in Nordrhein-Westfalen getan und erreicht haben. Das Gründerstipendium ist ein Förderprogramm, das wie geschnitten Brot läuft und sehr viel dazu beiträgt, dass wir als Wirtschaftsstandort für solche Ansiedlungen, für innovative digitale Ansiedlungen sehr attraktiv sind, weshalb wir in diesem Bereich in den letzten Jahren deutlich zulegen konnten. Natürlich wollen wir da auch noch besser werden, das ist gar keine Frage,

(Frank Sundermann [SPD]: Das ist nicht schwierig, wenn man letzter ist!)

und das ist auch der Grund, weshalb die Digital Hubs weiter mit 750.000 Euro pro Hub in den nächsten Jahren gefördert werden. Ich halte es für herausragend und für sehr wichtig, dass wir das weitermachen und dort diese guten Ökosysteme, die wir im digitalen Bereich haben, fortführen.

Ein Letztes, zu Corona: Wir finden es sehr begrüßenswert, dass die Förderprogramme, die wir im Handel, im Gastgewerbe und im Tourismusbereich haben, ausgeweitet worden sind und fortgeführt werden. Wir haben den Projektauftrag „Digitalen und

stationären Einzelhandel zusammendenken“, wir haben aber auch diverse andere Programme, wo es darum geht, dass Betriebe sich digitaler auf den Weg machen können und eine finanzielle Hilfe bekommen. Das ist wichtig, damit der Handel zukunftsfähig ist. Dafür setzen wir uns jedenfalls ein. Deshalb können wir dem Haushalt nur zustimmen.

StS Christoph Dammermann (MWIDE): Vielen Dank für die freundlichen Bemerkungen zu unserem Haushaltentwurf. Das ist ja immer der Höhepunkt des parlamentarischen Arbeitens, uns die Mittel zur Verfügung zu stellen, damit wir das in der Weise weitermachen können, wie wir das vor gut vier Jahren angefangen haben.

Vielleicht darf man etwas resümierend sagen, weil es ja für diese Legislatur die letzte Haushaltsberatung ist: Man kann an vielen Punkten feststellen, dass wir das Thema der Innovationspolitik, das Thema der Klimaschutzpolitik, das Thema der Digitalisierung hier zusammengefasst haben. Das sind die Treiber von wirtschaftlicher Entwicklung. Das kann man an einer ganzen Serie von Themen sehen. Vor allem kann man daran erkennen, dass wir dort wirklich gut vorangekommen sind, egal worauf man den Fokus im Einzelnen legt. Gerade die Themen „Innovation“ und „Klimaschutz“ wachsen im Grunde immer mehr zusammen, weil natürlich vieles, was in dem Bereich passiert, ganz wesentlich davon abhängen wird, dass wir hinreichend innovativ sind.

Ich füge hinzu – das sind ja auch Themen, die wir gerade in Berlin miteinander besprechen –: Wir müssen – das kann man sicherlich so allgemein sagen – in vielerlei Fragen schneller werden. Das ist zum Beispiel auch für das Thema der Ansiedlungen, Herr Sundermann, das Sie angesprochen haben, von Relevanz, dass wir tatsächlich schneller werden. Das ist ein Anspruch exekutiv, aber es ist auch ein Anspruch legislativ, weil wir in Deutschland bei vielerlei Fragen sehr langsam sind. Deswegen haben wir auch das Thema der Tesla-Investition in Brandenburg nicht negativ oder hämisch kommentiert, sondern wir haben gesagt, wir werden schauen müssen – das gilt unverändert –, was man an exekutiver Geschwindigkeit daraus lernen kann. Wir haben auf Berliner Ebene vereinbart, dass wir dort hingucken und dass wir dort schneller werden wollen. Insofern ist das unverändert ein Thema.

Es besteht Optimismus, nicht zuletzt, weil wir sehr viel Forschungskapazität hier haben, wenn ich sehe, was im Forschungszentrum Jülich passiert, was rund um die Batterieforschungsfabrik passiert. Deswegen ist mein Optimismus ungebrochen, dass das zu weiteren Ausgründungen, Gründungen, Ansiedlungen führen wird, aber wir müssen tatsächlich auch bei der Flächenfrage lieferfähig werden. Das ist ein Anspruch an uns alle.

Wenn man sich die Zahlen anschaut, dann stellt man fest, dass wir eine ganze Reihe von Impulsen gesetzt haben. Ich will jetzt gar nicht im Einzelnen auf die Dinge eingehen. Ich habe mir angewöhnt, politisch auf das Gesamtbild zu schauen. Dass ein Teil davon im Haushalt steht und ein Teil davon aus den Coronarettungsschirmmitteln kommt, das mögen andere beurteilen, was das für Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit bedeutet. Uns geht es darum, dass wir politisch daraus eine ganze Menge machen konnten und dass eben die Mittel aus dem Rettungsschirm, die notwendigerweise dafür auszugeben waren, die wirtschaftliche Entwicklung anzustoßen, nicht nur

irgendwelche schlichten Wirtschaftsförderungsmittel, sondern gleichzeitig auch – das Beispiel progres.nrw ist angesprochen worden – Klimaschutzmittel sind.

Auch beim Thema „kommunale Unterstützung“ – man kann sich immer mehr wünschen – ist eine ganze Menge passiert.

Das ist in der Summe politisch zu beurteilen, und in der Summe würde ich mich den Äußerungen anschließen, die das positiv beurteilt haben.

Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD stimmt der Ausschuss den in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung fallenden Kapiteln des Einzelplans 14 zu.

